

PRESSEMITTEILUNG

**Sperrfrist 18. Oktober 2005, 11.00 Uhr**

*Corruption Perceptions Index 2005*

## **Die Schweiz: weder verbessert noch verschlechtert**

**Bern 18. Oktober 2005** – Transparency International (TI), die sich als führende Nichtregierungsorganisation weltweit der Bekämpfung der Korruption widmet, veröffentlicht heute den **Corruption Perceptions Index 2005 (CPI)**. Der CPI bezieht sich auf den Grad der Korruption, wie er in der öffentlichen Verwaltung und Regierungskreisen von befragten Personen wahrgenommen wird. Der CPI wird seit **1995** jährlich publiziert.

Die Zahl der Länder, die in den Index aufgenommen wurden, umfasst dieses Jahr 159 Länder, 13 mehr als noch im Vorjahr. Die Schweiz befindet sich wie im letzten Jahr auf dem 7. Rang und bestätigt damit ihren Platz unter den Ländern, in welchen Korruption nur als marginales Phänomen wahrgenommen wird. Von maximal 10 Indexpunkten erhält die Schweiz auch dieses Jahr wieder 9.1 Punkte. Ein stabiles Ergebnis, das einer näheren Betrachtung bedarf.

Auf gesetzgeberischer Ebene ist eine Trendwende zu mehr Transparenz festzustellen: so ist seit April 2005 das neue Informationsgesetz in Kraft getreten, das dem Bürger Zugang zu öffentlichen Dokumenten erteilt. Weiter wurde eine Motion von Cécile Bühlmann im Nationalrat eingereicht, die die Offenlegung der getätigten Nebeneinkünfte von Parlamentariern verlangt. Ausserdem haben National- und Ständerat dieses Jahr beschlossen, dass ab 1. Januar 2007 Mitglieder der Geschäftsleitung und Verwaltungsräte börsenkotierter Unternehmen ihre Vergütungen offen legen müssen. Der Wille zu mehr Transparenz ist offensichtlich. Doch weshalb stagniert die Schweiz auf dem 7. Platz?

Die Arbeitsgruppe der OECD hat die Situation in der Schweiz hinsichtlich der Korruptionsbekämpfung näher untersucht und im Februar 2005 einen Länderbericht verfasst, in dem sie auf die Schwachstellen der Schweiz hinweist und die Schweiz auffordert ihre Bemühungen in der Korruptionsbekämpfung zu intensivieren. Konkret soll sie ihre Sensibilisierungsanstrengungen in der öffentlichen Verwaltung fortsetzen und eine formelle Meldepflicht für Bundesangestellte, Korruptionsfälle an die zuständigen Behörden zu melden, einführen. Auch werden die Aufsichtsbehörden aufgefordert, bei Geldwäschereifällen Sanktionen verschärft einzusetzen, um eine grössere Abschreckungswirkung zu erzielen.

Ein anderes internationales Instrument haben die eidgenössischen Räte vor zwei Wochen endgültig verabschiedet: die Strafrechtskonvention des Europarates bedeutet eine willkommene Verschärfung des Vorgehens gegen Korruption. Aus Sicht von TI-Schweiz bietet der Finanzplatz Schweiz jedoch immer noch attraktive Gesetzeslücken für Gelder aus privater Korruption. Dass beispielsweise private Korruption nicht als Verbrechen sondern als Vergehen qualifiziert wird, hat zur Folge, dass Bestechungsgelder unter Privaten nicht als Vortat zur Geldwäscherei gelten und somit vom Bankgeheimnis gedeckt werden. Ein Finanzintermediär darf demnach wissentlich Gelder entgegennehmen, die aus privater Korruption stammen. Er hat zwar die Möglichkeit sich zu weigern das Geld anzunehmen, er hat aber nicht das Recht den Fall zu melden, weil er damit das Bankgeheimnis verletzen würde. Anders gesagt: Privatkorruption profitiert nach wie vor vom schweizerischen Bankgeheimnis.

Die Schweiz muss sich ihrer Schwachstellen bewusst werden und Korruption kompromisslos bekämpfen. Transparency International – Schweiz fordert von der Regierung dahingehend folgende Massnahmen: ein Kompetenzzentrum zur Korruptionsbekämpfung in der Bundesverwaltung, ein allgemeines Verbot der Geschenkkannahme in der Bundesverwaltung sowie klare Regelungen für gerechtfertigtes Whistleblowing.

Für zusätzliche Informationen kontaktieren Sie bitte

Philippe Lévy, Präsident

Tel. 076 383 09 35

Anne Schwöbel, Geschäftsführerin

Tel. 031 382 35 50

## Impressum

Seit zehn Jahren ist Transparency International Schweiz (TI-Schweiz) im Bereich der Korruptionsbekämpfung tätig. Im Zentrum stehen Prävention, Information und Lobbying. TI-Schweiz setzt sich insbesondere für transparente Vorgänge in der Privatwirtschaft und in der öffentlichen Verwaltung ein. TI-Schweiz wurde 1995 gegründet und verfügt über eine kontinuierlich wachsende Mitgliedschaft mit heute über 140 Mitgliedern (Privatpersonen und Unternehmungen). Als Schweizer Sektion gehört sie zur Dachorganisation Transparency International mit Sitz in Berlin, die in mehr als 100 Ländern vertreten ist.